Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/2352

24. 05. 88

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit (20. Ausschuß)

a) zum Antrag der Abgeordneten Brauer, Frau Hensel, Frau Saibold und der Fraktion DIE GRÜNEN
— Drucksache 11/1666 —

Finanzielle Beteiligung des Bundes an dem naturzerstörenden Hotelbauprojekt im Dalyan-Delta (Türkei)

b) zum Antrag der Abgeordneten Frau Dr. Hartenstein, Frau Blunck, Frau Faße, Hiller (Lübeck), Müller (Pleisweiler), Schäfer (Offenburg), Frau Schmidt (Nürnberg), Bindig, Brück, Dr. Hauchler, Dr. Holtz, Frau Luuk, Frau Dr. Niehuis, Schanz, Schluckebier, Toetemeyer, Lennartz, Dr. Hauff, Frau Conrad, Kiehm, Müller (Düsseldorf), Reuter, Dr. Schöfberger, Schütz, Weiermann, Dr. Vogel und der Fraktion der SPD
— Drucksache 11/1872 —

Finanzmittel der DEG zum Bau eines Touristik-Hotels in Dalyan (Türkei)

A. Problem

Da durch das geplante Touristik-Hotel in Dalyan (Türkei) eine ökologisch wertvolle Region bedroht wird, die unter anderem eine der letzten bekannten Brutstätten der Meeresschildkröte Caretta caretta im Mittelmeergebiet darstellt, wird die Bundesregierung aufgefordert, auf die „Deutsche Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern GmbH" (DEG) einzuwirken, daß die Finanzzusage für das Hotel-Projekt zurückgenommen wird.

B. Lösung

Ablehnung der Anträge

Mehrheit im Ausschuß

C. Alternativen

Im Ausschuß eingebrachter und abgelehnter Antrag der CDU/CSU und FDP.

D. Kosten

keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

a) Der Antrag — Drucksache 11/1666 — wird abgelehnt.

b) Der Antrag — Drucksache 11/1872 — wird abgelehnt.

Bonn, den 18. Mai 1988

Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Dr. Holtz	**Frau Folz-Steinacker**	**Frau Hensel**	**Dr. Pohlmeier**	**Schanz**
Vorsitzender	Berichterstatter			

Bericht der Abgeordneten Frau Folz-Steinacker, Frau Hensel, Dr. Pohlmeier und Schanz

I. Beratungsgang

Die Abgeordneten Brauer u. a. und die Fraktion DIE GRÜNEN brachten am 18. Januar 1988 den Antrag „Finanzielle Beteiligung des Bundes an dem naturzerstörenden Hotelbauprojekt im Dalyan-Delta (Türkei)" (Drucksache 11/1666) im Deutschen Bundestag ein.

Die Abgeordneten Frau Dr. Hartenstein u. a. und die Fraktion der SPD brachten am 24. Februar 1988 den Antrag „Finanzmittel der DEG zum Bau eines Touristik-Hotels in Dalyan (Türkei) (Drucksache 11/1872) ein.

Der Deutsche Bundestag überwies nach einer Aussprache in seiner 61. Sitzung am 25. Februar 1988 die Anträge an die Ausschüsse, und zwar an den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur federführenden Beratung und an den Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit, den Auswärtigen Ausschuß, den Ausschuß für Wirtschaft und den Haushaltsausschuß zur Mitberatung. In seiner 67. Sitzung am 10. März 1988 übertrug der Deutsche Bundestag die Federführung dem Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Der Haushaltsausschuß empfahl in seiner Sitzung am 9. März 1988 mit Mehrheit die Ablehnung des Antrags der Fraktion DIE GRÜNEN. Die Beratung des Antrags der Fraktion der SPD wurde ausgesetzt bis zur Vorlage eines von der Bundesregierung angekündigten Berichts. Einmütig vertrat der Ausschuß die Auffassung, daß bis zur parlamentarischen Entscheidung über den Antrag keine weitere Förderung des Projekts vorgenommen werden sollte. In seiner Sitzung am 13. April 1988 beschloß der Haushaltsausschuß mehrheitlich, auf die Mitberatung des Antrags der Fraktion der SPD zu verzichten.

Der Auswärtige Ausschuß empfahl in seiner Sitzung am 20. April 1988 mehrheitlich die Ablehnung der Anträge der Fraktion DIE GRÜNEN und der Fraktion der SPD.

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit empfahl in seiner Sitzung am 20. April 1988 mehrheitlich die Ablehnung der Anträge der Fraktion DIE GRÜNEN und der Fraktion der SPD.

Der Ausschuß für Wirtschaft empfahl in seiner Sitzung am 18. Mai jeweils mit Mehrheit die Ablehnung der Anträge der Fraktion DIE GRÜNEN und der Fraktion der SPD.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

1. Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN

Durch die Beteiligung der bundeseigenen DEG (Deutsche Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern GmbH) an der Projektgesellschaft des geplanten Hotels „Kaunos-Beach" im Dalyan-Delta (Türkei) würde mit deutschen Steuergeldern die Ausrottung der vom Aussterben bedrohten Meeresschildkröte Caretta caretta mitfinanziert werden. Der Hotelkomplex soll in einem Gebiet entstehen, das seit 1978 als Nationalpark ausgewiesen werden soll und das die einzige bekannte Stelle im Mittelmeer ist, die von einer noch weitgehend stabilen Population der Meeresschildkröte zur Eiablage genutzt wird.

Außerdem stehe die geplante touristische Erschließung laut Stellungnahme des „Standing Committee der Berner Konvention" vom 11. Dezember 1987 nicht in Einklang mit der Berner Konvention („Übereinkommen über die Erhaltung der europäischen wildlebenden Pflanzen und Tiere und ihrer natürlichen Lebensräume"), das sowohl die Bundesrepublik Deutschland als auch die Türkei unterzeichnet haben.

Durch diese touristische Ersterschließung würde das Dalyan-Delta in seiner Funktion als bedeutsames Rastgebiet europäischer Zugvögel entwertet.

Die Bundesregierung wird daher aufgefordert,

- ihren Einfluß als Gesellschafterin der DEG dahin gehend geltend zu machen, daß die Finanzzusage zu dem „Kaunos-Beach-Projekt" zurückgenommen wird,
- die Berner Konvention und den Beschluß des Standing Commitee vom 11. Dezember 1987 einzuhalten,
- die europäischen Bemühungen zur Ausweisung des Dalyan-Deltas als Nationalpark zu unterstützen.

2. Antrag der Fraktion der SPD

Der geplante Bau eines Hotelkomplexes mit 620 Betten in der Dalyan-Bucht (Türkei) mit Beteiligung der bundeseigenen DEG (Deutsche Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern GmbH) stelle einen massiven Eingriff in eines der letzten, noch voll intakten Ökosysteme im Mittelmeerraum dar. Aufgrund eines vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit im Jahre 1987 in Auftrag gegebenen Gutachtens sei das Dalyan-Delta in ökologischer Hinsicht ein einmaliges Gebiet. Es diene dem hochgefährdeten Fischotter und zahlreichen seltenen Vogelarten als Lebensraum und Rastplatz. Ins-

besondere sei die Bucht von Dalyan die derzeit einzige bekannte Stelle im Mittelmeerraum, die von einer noch weitgehend stabilen Population der geschützten Unechten Karettschildkröte (Caretta caretta) als Brutgebiet benutzt werde. Außerdem stelle der Bau des Hotelkomplexes einen Verstoß gegen die Berner Konvention dar, der auch die Bundesrepublik Deutschland beigetreten sei.

Geplant ist die touristische Erschließung des Dalyan-Gebiets mit ca. 3 000 Betten. Dadurch würde das heute noch in sich geschlossene Ökosystem völlig zerstört. Aber auch das geplante Hotel „Kaunos-Beach" bedroht das ökologische Gleichgewicht und führt mittelfristig zur Auslöschung der Meeresschildkröten-Population.

Die Bundesregierung wird deshalb aufgefordert:

— auf die DEG dahin gehend einzuwirken, daß die für den Bau des Kaunos-Beach-Hotels bereitgestellten Finanzmittel unverzüglich zurückgezogen werden. Mittel gleicher Höhe sollen der Türkei für die Einrichtung eines Nationalparks im Dalyan-Delta zur Verfügung gestellt werden;

— die Berner Konvention strikt einzuhalten und der Empfehlung des Standing Committee des Europarates für die Berner Konvention zu folgen, wonach jedwede neue touristische Entwicklung im Gebiet von Dalyan zu vermeiden ist;

— dafür Sorge zu tragen, daß die Naturschutzforderungen, wie sie in dem vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Auftrag gegebenen Gutachtens erhoben werden, uneingeschränkt erfüllt werden;

— sich in Zusammenarbeit mit der Türkei darum zu bemühen, daß die seit 1978 ins Auge gefaßte Ausweisung des Gebietes als Nationalpark endlich erfolgt und aktive Hilfe dafür anzubieten;

— insbesondere jedoch sich dafür einzusetzen, daß eine unverzügliche Festlegung besonderer Schutzzonen und schutzwürdiger Gebiete an der Küste einschließlich der Brutstrände der Karettschildkröte vorgenommen wird.

III. Beratungen im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit

1. Die Anträge der Fraktion DIE GRÜNEN und der Fraktion der SPD wurden in der 20. Sitzung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit am 9. März 1988 zum erstenmal beraten. Der Ausschuß kam überein, eine Berichterstatterdelegation in die Türkei zu entsenden und die Beratungen im Ausschuß bis zur Vorlage des Berichts der Delegation auszusetzen.

   Vom 4. bis 7. April 1988 haben Abgeordnete Frau Folz-Steinacker und Abgeordneter Schanz als Berichterstatter des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit die Türkei besucht und dabei sowohl das Dalyan-Delta besichtigt als auch Gespräche in Ankara geführt. Aufgrund ihrer Eindrücke kommen sie zu folgenden Einschätzungen:

Die gegenwärtige Situation im Dalyan-Delta ist unter Umweltgesichtspunkten untragbar. Der „wilde Tourismus" bedroht die Meeresschildkröte als auch den sonstigen ökologischen Reichtum der Region. So hat sich die Zahl der Pensionsbetten von 150 im Jahre 1986 auf 600 in 1987 erhöht. Neue Hotelpensionen sind im Bau oder in Planung.

Die örtliche Bevölkerung, mit dem Bürgermeister an der Spitze, hatte offensichtlich bisher keine Einwände gegen das geplante Kaunos-Beach-Hotel, da man sich davon eine Belebung des Tourismus erhofft. Widerstand gibt es aber gegen die geplanten Umweltschutzmaßnahmen z. B. in Form eines Nationalparks.

Am Stammkapital des geplanten Hotels in Höhe von 15 Mio. DM sind die türkische Familie Cavala mit 49%, der deutsche Partner IFA mit 26% und die DEG mit 25% beteiligt. Falls die DEG aus dem Verbund ausscheidet, würden die beiden übrigen Partner die Anteile übernehmen. Mit dem Ausscheiden der DEG würden aber die Einwirkungsmöglichkeiten auf die Realisierung und Einhaltung der vorgesehenen Umweltschutzmaßnahmen nicht mehr gegeben sein.

Die türkische Regierung will die Region touristisch erschließen, gleichzeitig aber auch Umweltschutzmaßnahmen einleiten. Folgende Auflagen sollen realisiert werden:

— Errichtung eines Nationalparks im Becken von Köycegiz unter Ausweisung besonderer Schutzzonen,

— Beschränkung auf das Kaunos-Beach-Hotel mit maximal 620 Betten,

— Beachtung strengster Auflagen für den Bau und Betrieb dieses Hotels,

— Maßnahmen zum Schutz der Meeresschildkröte Caretta caretta auch außerhalb der Region.

Diese Auflagen sind in einem vergleichbaren Fall (Sari Ville Hotel) von der türkischen „Society for Protection of Wildlife" als voll wirksam akzeptiert worden.

Daneben soll ein internationales Umweltforschungszentrum entstehen, das vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP), der türkischen Regierung, den Projektträgern (Beitrag 1 Mio. US-$) und anderen Gebern finanziert werden soll.

Insgesamt soll das Hotel den Lebensunterhalt von 4 500 Menschen sichern. Die bisherigen Verzögerungen haben bereits Verluste von ca. 4,5 Mio. DM gebracht. Auch die Reduzierung der Bettenkapazität von 10 000 auf 620 Betten wird von türkischer Seite als Verlust dargestellt, für den kein Ausgleich angeboten worden ist.

Für türkische Umweltschützer hat die Verhinderung dieses Hotelbaus in erster Linie Symbolcharakter. Man erhofft sich dadurch Publizität und Impulse für die Gründung einer den GRÜNEN ähnlichen Partei.

Von offizieller türkischer Seite sieht man nur mit deutscher Beteiligung die Durchsetzung von Umweltschutzauflagen als realistisch an. Es geht um die Verhinderung des bisherigen „wilden Tourismus" und die Verwirklichung deutscher Standards im Umweltbereich.

Tourismus wird von offizieller türkischer Seite als wichtiger und ausbaufähiger Wirtschaftsfaktor angesehen. Das Hotel wird in jedem Fall gebaut — mit oder ohne DEG-Beteiligung — da dies vom türkischen Ministerpräsidenten Özal so entschieden worden ist.

2. Am 18. Mai 1988 wurden die Anträge der Fraktion DIE GRÜNEN und der Fraktion der SPD im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit abschließend beraten. Der Ausschuß beschloß mit Mehrheit, den Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN und mit Stimmengleichheit den Antrag der Fraktion der SPD abzulehnen.

Die Fraktion der FDP zog aus dem Bericht die Schlußfolgerung, daß wirksame Umweltschutzmaßnahmen im Dalyan-Gebiet nur mit deutscher Unterstützung möglich seien und diese Hilfe wiederum an den Bau des Hotels mit Beteiligung der DEG gekoppelt sei.

Die Fraktion der SPD lehnte im Hinblick auf die eigenen Sünden im Bereich „Tourismus" Schuldzuweisungen ab und hielt insbesondere Vorwürfe an die Adresse von Bundesregierung und DEG für unberechtigt, da diese erst im April 1988 von der Bedrohung der Meeresschildkröten durch den geplanten Hotelbau erfahren hätten. Auch sei auf türkischer Seite ein wachsendes Umweltbewußtsein feststellbar. Andererseits sei generell das Engagement der DEG im Bereich „Tourismus" fragwürdig und die geplanten Umweltschutzauflagen kaum realisierbar. Selbst bei einem Rückzug der DEG aus dem Projekt habe die Bundesregierung noch Einwirkungsmöglichkeit, um den ökologischen Reichtum der Region zu erhalten. Als wichtiges Ergebnis habe die Diskussion erbracht, daß die regionale Wirtschaft gefördert werden müsse. Die Fraktion der SPD faßte daher in ihrem Antrag II, Ziffer 1, zweiter Satz folgendermaßen neu: „Mittel in angemessener Höhe sollen der Türkei für eine ökologisch verträgliche Entwicklung im Dalyan-Delta einschließlich der Errichtung eines Nationalparks zur Verfügung gestellt werden."

Die Fraktion DIE GRÜNEN wies darauf hin, daß aufgrund eines neuen Gesetzes in der Türkei der sogenannte „wilde Tourismus" im Dalyan-Gebiet weitgehend eingedämmt sei. Auch habe in der öffentlichen Meinung der Region ein Umschwung in bezug auf das geplante Hotel stattgefunden. Es werde jetzt mehr und mehr als übermächtige Konkurrenz zu eigenen ökonomischen Aktivitäten empfunden. Wichtig sei die regionale Wirtschaftsförderung, um einen „sanften Tourismus" zu entwickeln. Es sei für die DEG kein Problem, aus dem Großprojekt auszusteigen und sich an mehreren dezentralen Projekten zu beteiligen.

Nach Ansicht der GRÜNEN würde ein Ausstieg der DEG das Ende der Gesamtmaßnahme bedeuten. Die türkische Regierung bemühe sich zwar verstärkt um den Umwelt- und Naturschutz, aber die Erfahrungen in anderen Mittelmeerländern zeigten, daß die Schutzmaßnahmen in Zusammenhang etwa von Hotel-Großprojekten fast in allen Fällen unwirksam seien.

Die in der Türkei in Gründung befindliche grüne Partei sei an dem Protest gegen das Hotel-Projekt im übrigen nicht beteiligt.

Die Fraktion DIE GRÜNEN änderte ihren Antrag folgendermaßen:

In 2., dritter Spiegelstrich, wird das Wort „Nationalpark" ersetzt durch „Naturschutzgebiet mit besonderen Schutzzonen".

Als neuer Spiegelstrich wird angefügt:

— „neue Regularien festzulegen, wodurch die DEG Finanzhilfe in dezentrale Tourismusförderung umgeleitet werden kann, wobei eine sanfte Tourismusentwicklung sichergestellt werden muß."

Ein Antrag von CDU/CSU und FDP, der aus I., Absätze 1 und 2, dem neuformulierten zweiten Satz in II., Ziffer 1 sowie II., Ziffern 3 und 4 des Antrags der Fraktion der SPD bestand, wurde mehrheitlich abgelehnt.

Bonn, den 19. Mai 1988

Frau Folz-Steinacker **Frau Hensel** **Dr. Pohlmeier** **Schanz**

Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333